

## 10 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXV. GP

# Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments

### über die Gesetzesvorlage (9 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird (Hate Speech-Gesetz)

Vor allem im Internet hat die Beschimpfung und Hetze gegen andere Menschen zugenommen. Die Bundesregierung erachtet es daher für wichtig, aktiv gegen solche „Hate-Speech“ oder „Hass-Rede“ vorzugehen. Es müsse allen klar werden, dass das Verfassen von Hasspostings eine Straftat ist.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat diese Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 11. Dezember 2015 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Sitzung präsentierten die Klubs ihre Standpunkte zur Gesetzesvorlage. Alle sprachen sich für die Hinzufügung weiterer Gruppen aus. Türkis und Violett sprachen die Abgrenzung zwischen freier Meinungsäußerung, Kritik und Hass an. Violett und Weiß kritisierten das hohe Strafmaß. Gelb stellte zur Diskussion, ob auch „einmalige Ausrutscher“ zu Verurteilungen führen müssen. Im zweiten Teil der Sitzung haben die Abgeordneten Benjamin **Winhart**, Seline **Unterwaditzer** und Kyra **Palisa** einen Abänderungsantrag eingebracht, mit dem weitere Gruppen hinzugefügt und die Strafdrohungen angepasst wurden. Außerdem wurde der Gesetzentwurf um eine neue Bestimmung ergänzt: Wenn der Aufruf zur Gewalt tatsächlich zu Gewalthandlungen führt, kommen höhere Strafdrohungen zur Anwendung.

An den Debatten beteiligten sich die Abgeordneten Leonard **Reder**, Lucia **Herber**, Kirstin **Wallner**, Seline **Unterwaditzer**, Johannes **Wallner**, Hannah **Wöß**, Katrin **Aflenzer** und Benjamin **Winhart**.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf in der Fassung des oben erwähnten Abänderungsantrages einstimmig (nicht anwesend: Gelb) beschlossen.

Zur Berichterstatlerin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Lucia **Herber** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den **Antrag**, das Jugendparlament wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2015 12 11

**Lucia Herber**  
Berichterstatlerin

**Mag. Martin Peyerl**  
Obmann